

# 40-Millionen-Gesetz für finanzschwache Menschen

**Wohnbauförderung im Baselbiet** Der Bau eines Eigenheims soll für mittlere Einkommen attraktiver werden. Das jahrelange politische Hickhack scheint ein Ende zu nehmen. Für Landrat Balz Stückelberger «historisch».

Benjamin Wirth

FDP-Mann Balz Stückelberger ist erleichtert. Der Präsident der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission präsentierte dem Baselbieter Landrat gestern das neue Gesetz zur kantonalen Wohnbauförderung, das das Parlament in erster Lesung stillschweigend zur Kenntnis genommen hatte. «Das ist ein historischer, ein feierlicher Moment», freut sich Stückelberger.

Mit der Revision möchte der Regierungsrat rechtliche Grundlagen für die Bau- und Energiesparprämie, den gemeinnützigen Wohnungsbau sowie das altersgerechte Wohnen schaffen. Das neue Gesetz bezweckt allem voran die Förderung von Wohnraum für Bevölkerungskreise mit bescheidenen und mittleren finanziellen Möglichkeiten.

Zur Erklärung: Falls Sie ein Eigenheim errichten wollen, Ihr Jahreseinkommen und Vermögen aber unter 150'000 Franken liegt, sollen Sie vom Kanton künftig eine Prämie von 20 Prozent des Gesparten erhalten. Wer während fünf und zehn Jahren mindestens 50'000 Franken anspart, erhält einen Zustupf, der zwischen 10'000 und 25'000 Franken liegt.

## Politisches Dauerthema

Das Thema ist ein Dauerbrenner: Im Februar 2014 hiess das Stimmvolk das Begehren von Alt-FDP-Nationalrat Hans-Rudolf Gysin gut, der den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern wollte. Und noch immer ist die SP-Initiative «Wohnen für alle» hängig, die ähnliche Punkte aufgreift.

Aufgrund der Initiativen debattierte das Parlament bereits 2019 intensiv über eine Gesetzesvorlage. Der Landrat trat damals auf Antrag der Kommission, die sich einstimmig gegen den Regierungsvorschlag gestellt hatte, jedoch nicht auf das Geschäft ein. Es habe politische Erwartungen gegeben, die teils unvereinbar



Wer ein Eigenheim errichten will, aber ein Jahreseinkommen und Vermögen von unter 150'000 Franken hat, soll vom Kanton künftig eine Prämie von 20 Prozent des Gesparten erhalten. Symbolfoto: Marc Dahinden



## Landrat

Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

seien, so die Kritik. Im Zuge dessen leitete der Regierungsrat einen «kreativen Gesetzgebungsprozess» in die Wege, wie er im Dezember mitteilte. Er lud je eine Delegation aus den beiden Initiativkomitees ein. Mit dem Dia-

log erhoffte sich die Regierung, ein Massnahmenpaket zu entwerfen, das von beiden Seiten akzeptiert wird. Mit Erfolg.

«Es ist ein klassischer Kompromiss», sagt Kommissionspräsident Stückelberger. Es sei



## «Es ist ein klassischer Kompromiss.»

Balz Stückelberger  
FDP-Landrat

gelingen, ein ausgewogenes Paket zu schnüren. «Den Schlusspunkt zu einer rund zehn Jahre langen Diskussion.»

Der neue Vorschlag wird parteipolitisch breit abgestützt, und sowohl vom Schweizer Hauseigentümergebiet als auch vom Mieterinnen- und Mieterverband Baselland unterstützt. Ausserdem habe das SP-Initiativkomitee signalisiert, das Volksbegehren zurückzuziehen, wenn die Vorlage im Landrat durchkommt. Der Regierungsrat will mit dem Gesetz vor allem drei Massnahmen, drei Säulen implementieren: So sollen eine Bau- und eine Energiesparprämie, Massnahmen im gemeinnützigen Wohnungsbau sowie Beratung und Prämien für altersgerechte Umbauten eingeführt werden.

Jährlichen rechnen Kommission und die Regierung mit Ausgaben in der Höhe von rund 3,8 Millionen Franken. Die Finanzierung erfolgt über den Wohnbauförderfonds, dessen Kapital bei knapp 40 Millionen Franken liegt. Den Massnahmen soll jeweils der gleiche Betrag (rund 13,3 Millionen Franken) zur Verfügung stehen.

Kommt das neue Gesetz in zweiter Lesung durch, soll es am 1. Januar 2024 in Kraft treten. Die drei Säulen würden schrittweise bis 2030 umgesetzt.

## Basel-Stadt muss 92,2 Millionen springen lassen

**Felix-Platter-Spital** Die Universitäre Altersmedizin Felix Platter kann die Abschreibungen auf den 2019 in Betrieb genommenen Neubau nicht mehr tragen. Deshalb muss der Kanton Basel-Stadt eine Wertberichtigung vornehmen, welche die Kantonsrechnung 2022 mit 92,2 Millionen Franken belasten wird. Dies gaben der Basler Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger und der Verwaltungsratspräsident des Spitals, Thomas Giudici, gestern vor den Medien bekannt.

Der Betrieb des Spitals laufe an und für sich in erfolgreichen Bahnen, sagte Giudici. Das Spital seit mit einer Bettenbelegung von 91 Prozent sehr gut ausgelastet. Und die für den Ausweis der operativen Leistungsfähigkeit massgebliche Marge liege mit 8 Prozent im erwarteten Bereich und über dem Durchschnitt der Schweizer Spitäler.

Unter anderem wegen der Teuerung, die sich vor allem auf die Personalkosten auswirke, und wegen den tendenziell sinkenden Tarifen für die Altersmedizin sehe sich das Spital aber nicht mehr in der Lage, die Abschreibungen auf den rund 250 Millionen Franken teuren Neubau allein zu tragen. An den Neubaukosten liege es übrigens nicht, sagte Giudici: Dieser kostete rund drei Millionen Franken weniger als budgetiert.

Jetzt muss also der Kanton als Spitaleigner einspringen. Engelberger betonte, dass das Zentrum für Altersmedizin seine anspruchsvolle Aufgabe gut erfülle. Die hohe Auslastung und die demografische Entwicklung der Bevölkerung zeigten klar auf, dass es das Spital in der gebauten Grösse braucht. (SDA)

## Nachrichten

### Landrat spricht sich für Wasserstoff aus

**Liestal** Wasserstoff-Produktion soll zonenrechtlich direkt neben Kraftwerken möglich sein – etwa auf der Kraftwerkinsel Birsfelden. Dies fordert die Mehrheit des Baselbieter Landrats und hat eine Motion von Rolf Blatter (FDP) gegen den Willen der Regierung mit 52 zu 33 Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen. Überschussenergie zur Herstellung von grünem Wasserstoff dort zu fassen, wo sie anfällt, also beim Kraftwerk, sei sinnvoll, sagte der Motionär gestern im Landrat. Hintergrund ist ein Projekt der Industriellen Werke Basel und der Mineralöhländlerin Fritz Meyer AG für eine Wasserstoffanlage auf der Kraftwerkinsel Birsfelden. (SDA)

### Bahnverkehr zwischen Basel und Olten gestört

**Basel** Auf der Bahnstrecke zwischen Olten und Basel SBB kam es gestern zu Ausfällen, Verspätungen und Umleitungen. Grund war eine technische Störung an der Bahnanlage in Liestal, wie die SBB mitteilten. Bei Bauarbeiten wurde ein Kabel beschädigt, das nun ersetzt werden muss. Die Störung soll laut SBB erst gegen heute Mittag behoben sein. Für Reisende Richtung Olten gab es gestern etwa nur Züge bis Frenkendorf-Füllinsdorf. Ab dort fuhr Ersatzbusse, die zur Hauptverkehrszeit bis auf den letzten Platz gefüllt waren. (SDA/red)

## Geht die Kantonalbank unnötige Risiken ein?

**Landrat** Die Basellandschaftliche Kantonalbank müsse über ihre Geschäfte transparenter informieren, findet SVP-Landrat Peter Riebli. Das sei nicht immer möglich, kontert Finanzdirektor Anton Lauber.

Welche strategischen Initiativen hat die Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB) in den letzten zehn Jahren gestartet? Mit welchem Ziel? Und was haben allfällige Misserfolge die Bank gekostet? SVP-Landrat Peter Riebli wollte es von der Baselbieter Regierung genau wissen und reichte im November eine Interpellation ein. Sein Verdacht: Die BLKB hat in «risikobehaftete Projekte» investiert und einen Weg eingeschlagen, der möglicherweise nicht «dem Wesen einer Kantonalbank» entspreche.

Als Beispiel nennt er an erster Stelle die Finanzierung der digitalen Nachhaltigkeitsbank und Tochtergesellschaft Radicant, die Ende März in den Markt einsteigen will. Ende Februar wurde

CEO Anders Bally freigestellt, nachdem er in einem internen Schreiben an seine Mitarbeiter über Baselbieter Politiker hergezogen war. Bally lästerte, vor allem die älteren Politiker würden moderne Bankkonzepte nicht verstehen. Gemeint war wohl in erster Linie Peter Riebli.

### Schaden für den guten Ruf

In der Landratsdebatte zu seinem Vorstoss zeigte sich Riebli gestern unzufrieden mit der Regierung, die in ihrer Antwort diverse Engagements der BLKB offengelegt hatte. Die Liste sei nicht vollständig, und es fehle insbesondere an nachvollziehbaren Angaben zu den Erträgen, welche die Beteiligungen abgeworfen hätten. Und er betonte: «Wenn

eine Initiative nicht erfolgreich ist und deshalb eingestellt werden muss, ist das keine Schande. Ich erwarte von der Staatsbank aber eine proaktive Kommunikation darüber.» Die fehlende Transparenz – und nicht seine kritischen Fragen – würde der Reputation der Bank schaden.

Riebli und sein Parteikollege Hanspeter Weibel machten auch klar, dass sie von der landrätlichen Finanzkommission (Fiko), welche die Oberaufsicht über die BLKB hat, erwarteten, hier genau hinzuschauen. Der Grünen-Landrat Marco Agostini wollte von Finanzdirektor Anton Lauber gestern unter anderem wissen, warum die Radicant ihren Sitz in Zürich und nicht im Baselbiet habe und ab wann sie einen Ge-

winn erwirtschaften werde. Auch für ihn sei wichtig, dass die BLKB keine fragwürdigen Geschäfte eingee, betonte er.

### «Keine riskanten Geschäfte»

Finanzdirektor Lauber erinnerte derweil daran, dass die BLKB nachgewiesenermassen solide dastehe, aber natürlich neue Geschäftsfelder erschliessen müsse, um auch in Zukunft zu reüssieren. Dazu bedürfe es Investitionen wie jene in die Tochtergesellschaft Radicant. Deren Geschäftsmodell sei geprüft und dürfe als «realistisch» angesehen werden. Weil sie keine Kredite vererbe, sondern in der Vermögensverwaltung tätig sei, seien ihre Geschäfte auch nicht besonders risikobehaftet. Für die Ver-

bindlichkeiten der Digitalbank bestehe zudem keine Staatsgarantie. Bis 2026 rechne man bei der Radicant mit dem Break-even-Point, jenem Zeitpunkt, an dem sich Ausgaben und Erträge die Waage halten, so Lauber.

Bei der von Riebli geforderten Transparenz über Beteiligungen sieht Lauber auch «Hemmnisse». Die BLKB sei ein börsenkotiertes Unternehmen, da müsse man mit gewissen Informationen an die Öffentlichkeit aufpassen. Zudem könne man aufgrund von Verträgen auch nicht jede einzelne Beteiligung offenlegen. Die landrätliche Finanzkommission stelle aber durchaus kritische Fragen und erhalte auch Antworten.

Sebastian Schanzer